

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Er scheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 192.

59. Jahrgang.

Dienstag, den 20. August

1912.

Nr. 41 der Schankstättenverbotsliste ist zu streichen.
Stadttrat Eibenstock, den 17. August 1912.

Mittwoch, den 21. August 1912,
nachmittags 2 Uhr

sollen zu Eibenstock

19 Beete Kartoffeln und ein Stüd Haser
an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.
Vierterversammlung: Carlsbaderstraße—Hüblerweg.
Eibenstock, den 19. August 1912.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Eine Vereinigung Bulgariens mit Serbien?

Aus Wien wird geschrieben: Äußerungen der slavischen Presse Oesterreichs geben oft gute Andeutungen über die Pläne des allslawischen Hauptquartiers in Petersburg. Zurzeit fällt der Eifer auf, mit dem die Frage einer Vereinigung Serbiens mit Bulgarien erörtert wird. Die Vereinigung zweier zurzeit völlig selbständiger Staaten bedeutet eine nicht geringfügige politische Umwälzung; angeblich soll der Nachlaß des verstorbenen serbischen Ministerpräsidenten Milowanowitsch Beweise erbracht haben, und zwar soll es sich um eine vollständige Vereinigung der beiden Staaten unter dem Szepter König Ferdinands v. Bulgarien gehandelt haben. Daß nun ein Ministerpräsident auf ein Ziel hinwirkt, das doch nur unter der Voraussetzung durchführbar ist, daß die Dynastie seines Landes des Thrones verlustig geht, ist für westeuropäische Begriffe zwar etwas bestreulich, in Serbien aber gewiß nicht unmöglich. Jedenfalls rechnet man in den Kreisen, die die Fäden der allslawischen Politik ziehen, damit, daß es in absehbarer Zeit zu einem Umsturz in Serbien kommen werde. Die Gesundheit des Königs ist erschüttert; im Falle seines Ablebens würde der Kronprinz einen sehr schweren Stand haben, da kaum damit zu rechnen ist, daß sein älterer Bruder seinen Thronverzicht aufrecht erhalten wird. So wenig dieser nun die Eignung besitzt, Serbien zu regieren, so schließt dies noch keineswegs aus, daß er eine Anzahl von Anhängern um sich sammelt; ferner gibt es eine Partei, die den Sohn des Prinzen Arsen, des Bruders des Königs, auf den Schild erheben möchte und schließlich berichten gute Kenner des Landes, daß die republikanische Propaganda mit starker sozialistischer Einschlag außerordentliche Fortschritte mache. Letztere wird durch die wirtschaftliche Entwicklung sehr gefördert. Serbien ist ein reines Bauermland, dessen Bevölkerung sich stark vermehrt; da es nun keinen Großgrundbesitz gibt, der parzelliert werden könnte, auch keine nennenswerte Industrie, hat sich in den letzten Jahren dort ein Proletariat gebildet, das für agrarsozialistische Ideen leicht zu gewinnen ist. Alles spricht also dafür, daß es im Falle des Ablebens des Königs Peter in Serbien zu Unruhen kommt, und man fürchtet in allslawischen Kreisen, daß Oesterreich sich dann veranlaßt sehen könnte, einzugreifen, um anarcho-sozialistischen Zuständen an seiner Grenze ein Ende zu machen.

Die Erfahrung der Anektionstrife hat nun gezeigt, daß man sich nicht unbedingt darauf verlassen kann, daß Rußland den staatlichen Bestand Serbiens auf jeden Fall gewährleistet und die allslawischen Politiker setzen nun ihre Hoffnungen auf den sonst von ihnen nicht sonderlich geschätzten König Ferdinand von Bulgarien. Davon, daß das serbische Volk der Vereinigung mit Bulgarien freundlich gegenüberstehe, kann nicht die Rede sein; denn diese Vereinigung würde doch nur bedeuten, daß die Serben unter die Herrschaft der Bulgaren kämen, die ihnen doch, in jeder Beziehung überlegen sind. Den Allslawen handelt es sich aber gar nicht um das Wohl des serbischen Volkes, sondern nur darum, Oesterreich auf dem Balkan endgültig lahmzulegen. Darum ist es aber auch klar, daß Oesterreich auf jede Balkanpolitik verzichten würde, wenn es eine derartige Vereinigung zuließe. Man erinnere sich, daß seinerzeit selbst Graf Goltuchowski, dessen Politik gerade nicht an einem Uebermaß von Aktivität litt, sein Veto gegen die geplante Fokunion zwischen Serbien und Bulgarien einlegte. Indes mag man in allslawischen Kreisen hoffen, daß es dem Einflusse der Slawen in Oesterreich gelingen werde, dessen auswärtige Politik dahin zu beeinflussen, daß sie sich gegebenenfalls mit vollendeten Tatsachen abfindet, und diesem Zwecke dienen die offenbar von allslawischer Seite in der slavischen Presse Oesterreichs veröffentlichten Artikel.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Erinnerungsmedaille zum Regierungsjubiläum des Kaisers. Zum 25jährigen Regierungsjubiläum des Kaisers soll, wie die „Tägl. Rdsch.“ hört, eine Erinnerungsmedaille geprägt werden. Voraussichtlich wird man zu diesem Zwecke die neuen Dreimarckstücke mit dem neuen Porträt des Kaisers nehmen, die einen Hinweis auf das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers haben werden. Ferner soll eine Erinnerungsmedaille zur hundertjährigen Feier der Erhebung Preußens gegen das französische Joch in den Verkehr gebracht werden. Für die Erinnerungsmedaille werden voraussichtlich ebenfalls Dreimarckstücke gewählt werden.

Der Abschied des Kronprinzen von Danzig. Die für den 1. Oktober angeordnete Verlegung des Kronprinzen nach Königsberg i. Pr. und seine Ernennung zum Obersten und Kommandeur des Grenadierregiments Kronprinz 1. wird nicht erfolgen, vielmehr wird der Thronfolger in das Gardekorps zurückkehren. Mitbestimmend hierfür ist der nicht ganz befriedigende Gesundheitszustand der Kaiserin, deren Vertretung vielfach die Kronprinzessin wird übernehmen müssen.

Die „Königliche Zeitung“ zu dem russisch-französischen Abkommen. Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert: Die Auslassung der Petersburger Telegraphen-Agentur über die russische Reise des französischen Ministerpräsidenten enthält nichts, was geeignet wäre, irgend einen neuen Zug in das politische Gesamtbild der Großmächte hineinzutragen. Daß die Beziehungen zwischen den beiden Mächten unverändert freundschaftlich sind, versteht sich bei ihrem Bundesverhältnis ja eigentlich von selbst, und die Betonung dieser Selbstverständlichkeit ist im wesentlichen der Inhalt der halbamtlichen Mitteilung. Nach dem, was russische und namentlich französische Blätter als Ergebnis der Reise des Ministerpräsidenten Poincaré vorausgesagt haben, mußte man freilich auf weit größere Ueber-raschungen gefaßt sein, als sie tatsächlich geboten werden.

Französische Flieger über die deutsche Grenze geflogen. Freitag abend gegen 7 1/2 Uhr passierten zwei französische Flieger die deutsche Grenze und flogen in der Richtung Altkirch-Dammertkirch wieder zurück. Die Meldungen französischer Blätter, die Flieger hätten Flug-schriften und Fahnen auf das „annektierte Land“ herabgeworfen, sind von niemand bestätigt worden.

Zur Reise des Prinzen Heinrich nach Tokio. Der japanische Geschäftsträger in Berlin, Bot-schaftsrat Hata, hat in Berlin eine Note überreicht, die in sehr herzlichen Ausdrücken für die Entsendung des Prinzen Heinrich zu den Trauerfeierlichkeiten in Japan dankt.

Ueber die Stellung der sächsischen Staatsregierung zu der neuen bayrischen Auslegung des Jesuitengesetzes teilt die „Tägl. Rundschau“ mit, daß Sachsen dieser Angelegenheit auch jetzt noch schroff ablehnend gegenüber stehe. Die Vertreter Sachsens hätten auch im Bundesrat keine Zweifel über ihren Standpunkt gelassen und den nachgeordneten Regierungsbehörden Sachsens sei erst vor einiger Zeit wieder die Auffassung der sächsischen Staatsregierung zu dieser Frage bekannt gegeben worden. Diernach sei den Jesuiten nicht nur nach den Vorschriften des Reichsgesetzes vom Jahre 1872 die Ausübung ihrer Ordensstätigkeit in Sachsen verboten, sondern sie seien ausnahmslos auf Grund des § 56 der sächsischen Verfassungsurkunde vom Jahre 1831 vom Aufenthalt in Sachsen ausgeschlossen. Der Artikel verfüge, daß weder neue Klöster errichtet, noch Jesuiten- oder andere geistliche Orden jemals im Lande ausgenommen werden dürfen. Jesuiten hätten also, selbst wenn der unwahrscheinliche Fall eintreite, daß sich der Bundesrat die Auffassung des Herrn von Hertling in dieser Frage zu eigen mache, in Sachsen auch für die Zukunft kein Feld für ihre Betätigung. Hierzu ist zu bemerken, daß die Stellung der sächsischen Staatsregierung der Jesuitenfrage gegenüber bis jetzt überhaupt niemals zweifelhaft gewesen ist. Die in Evangelien beauftragten sächsischen Staatsminister stehen nach wie vor fest und geschlossen in dieser Frage auf dem Boden der oben angezogenen Bestimmung der sächsischen Staatsverfassung. Dies haben beinahe auch im letzten

Landtage die Staatsminister Dr. Ved und Graf Bixthum von Eckstädt erklärt. Außerdem bietet auch die Person unseres Königs und sein bisher nicht hoch genug anzuerkennendes Verhalten in allen diesen Fragen die Gewähr dafür, daß unserm Lande der konfessionelle Friede erhalten bleibt. Es liegt also keinerlei Grund zu irgend welcher Veranlassung vor.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Geburtstag des Kaisers Franz Josef. Die „Wiener Abendpost“ schreibt zu dem Geburtstag Kaiser Franz Josefs, den er am Sonntag beging: Mehr als zwei Menschenalter lenkt Kaiser Franz Josef in ungebeugter Kraft die Geschichte seiner Völker. Mit starkem Arme wußte er die Monarchie aus stürmischen Wogen in ruhige, friedliche Bahnen zu leiten. Mit den Vätern Oesterreich-Ungarns beugt sich die ganze gestittete Welt vor dem erhabenen Fürsten, den sie als einen der mächtigsten Schutzherrn des Friedens kennt und als ein weithin leuchtendes Vorbild aller Regententugenden bewundert.

Graf Berchtolds Erfolg. Berchtolds Vorschlag hat die Zustimmung Deutschlands erhalten. Außer Deutschland trafen aber auch von Italien und Rußland zustimmende Antworten ein. Die Zustimmung Rußlands gilt als Vorläufer des Einverständnisses von England und Frankreich, das bisher deshalb noch nicht eintraf, weil Poincaré auf der Rückreise von Moskau und Sir Edward Grey auf Urlaub ist.

Rußland.

Deutschland, Rußland und Frankreich. Die Petersburger Blätter melden, daß Ministerpräsident Kozowjow am 10. September in Berlin eintrifft, um dort mit Bethmann-Hollweg zu konferieren.

Ein russisch-politischer Konflikt. Wegen der propagandistischen Tätigkeit des polnischen (römisch-katholischen) Klerus im Gchmer Lande hat die russische Regierung beim Vatikan sehr nachdrückliche Vorstellungen erhoben. Der Vatikan erwiderte, daß die Tätigkeit der Geistlichen nicht gegen das Toleranzgebot verstoße. In russischen Kreisen rechnet man damit, daß der Streit zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan führen könne, da dieser nicht nachgeben wolle.

Frankreich.

Das Ergebnis der Reise Poincarés. Der Petersburger Korrespondent des „Matin“ resümiert den Inhalt des offiziellen Kommuniqués über die Reise Poincarés in folgenden drei Sätzen: 1. Die Marinekonvention ist volle Tatsache. Der Wortlaut ist natürlich geheim, aber sie ist für die Flotten der beiden Länder daselbe, was der Vertrag von 1892 für die beiden Armeen darstellt. 2. Ministerpräsident Poincaré hat persönlich das Prestige Frankreichs in Rußland erhöht und hat infolge des großen Vertrauens, welches er persönlich dem Zaren und seinen Ministern einflößte, das gemeinsame Handeln der beiden Verbündeten intimer gestellt. 3. Es wurde keine neue Verständigung geschlossen und es wurde keine neue Politik eröffnet.

Desertionen in der französischen Marine. Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich Sonntag nachmittag im Antwerpener Hafen. Kurz vor der Abfahrt des französischen Panzerschiffes „Marseillaise“ desertierten etwa 40 Matrosen des Kriegsschiffes und beschimpften die Offiziere von den Matrosen unter den Augen einer nach Tausenden zählenden Volksmenge, sowie in Anwesenheit zahlreicher deutscher Matrosen von der „Victoria Louise“. Die Deserteure beklagten sich über schlechte Nahrung, über zu strenge Disziplin an Bord und über das Benehmen der Offiziere ihnen gegenüber. Der Zwischenfall hat in allen Kreisen äußerst peinliches Aufsehen hervorgerufen. Die Bevölkerung mißbilligt in scharfen Worten die Haltung der französischen Deserteure.

Schweden.

Eine Probemobilmachung in Schweden. Die Bekanntmachung einer von langer Hand vorbereiteten Probemobilmachung in Schweden wird für die nächsten Tage erwartet. Für die Referenten der Kriegsmarine sollen, wie verlautet, bereits Ordres erlassen sein. Gewiß ist, daß in Södermanland, in Mittelschweden, die Bayern